

Beschlussvorlage



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich	Datumsache Nr.	0878/2012
Amt/Aktenzeichen Dezernat I/ 30 20 00	Datum 22.05.2012	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 29.05.2012			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen	Vorberatung	05.06.2012	Ö
Stadtrat	Entscheidung	13.06.2012	Ö

Betreff: Außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Personalnebenaufwendungen (Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung) für das Haushaltsjahr 2012 in Höhe von 173.213,00 EUR
Dem Oberbürgermeister und dem Stadtvorstand vorzulegen Mainz, Mai 2012 Michael Ebling Oberbürgermeister
Mainz, Michael Ebling Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt, der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 173.213,00 EUR für Personalnebenaufwendungen (Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung) auf dem Sachkonto 50600001.

Problembeschreibung / Begründung:

1. Sachverhalt
2. Lösung
3. Alternative
4. Analyse und Bewertung geschlechtsspezifischer Folgen
5. Finanzielle Auswirkungen

1. Sachverhalt

Aufgrund verschiedener Umstände (Anstieg der Unfallzahlen und Kosten im medizinischen

Bereich, erhöhte Transportkosten im Zusammenhang mit mobilen Rettungsdiensten, zuletzt überdurchschnittlich viele Schwerstunfälle etc.) wurde durch die gesetzliche Unfallkasse Rheinland-Pfalz für das Jahr 2012 eine Erhöhung des Beitragssatzes je Einwohner vorgenommen. Konkret bedeutet dies für die Stadt Mainz einen nicht vorhersehbaren Beitragsanstieg in Höhe von 219.721,00 EUR. Dieser Mehrbedarf kann teilweise durch noch zur

Verfügung stehenden Haushaltsmittel für Versicherungsbeiträge abgedeckt werden.

Insofern ergibt sich letztendlich lediglich ein Nachbewilligungsbedarf in Höhe von **173.213,00 EUR**.

2. Lösung

Aufgrund der beschriebenen Umstände ist eine Nachbewilligung von Haushaltsmitteln in Höhe von 173.213,00 EUR vorzunehmen.

3. Alternativen

Aufgrund der Tatsache, dass es sich bei den Ausgaben für die gesetzliche Unfallversicherung um Ausgaben gemäß gesetzlicher Verpflichtungen handelt und somit unabweisbar sind, bestehen keine Alternativen.

4. Analyse und Bewertung geschlechtsspezifischer Folgen

Keine

5. Finanzielle Auswirkungen

Einmalige Ausgaben 173.213,00 EUR. Ein Deckungsvorschlag kann nicht unterbreitet werden. Insofern geht die Nachbewilligung in vorgenannter Höhe zu Lasten des Gesamtabschlusses. Die Vorlage ist aus finanzwirtschaftlicher Sicht mit dem Amt für Finanzen, Beteiligungen und Sport abgestimmt.